

Leverkusener Erklärung

Pakt Ihr das? - Für einen Politikwechsel im Bereich der Kinder- und Jugendförderung

Die rund 3 Millionen Kinder und Jugendlichen in Nordrhein-Westfalen sind zunehmend struktureller Ungleichheit ausgesetzt. Ihr Aufwachsen ist durch Gesundheitsgefährdung, Bildungsvernachlässigung, Verwahrlosung, Armut und Ignoranz beeinträchtigt. Ihre Ressourcen werden nicht ausreichend beachtet und zu gering gefördert. Diese soziale Entwicklung in NRW, ihre Wahrnehmung in der Öffentlichkeit und die politischen Strategien zu ihrer Bearbeitung treten immer stärker auseinander.

Offene Kinder- und Jugendarbeit trägt dazu bei, positive Lebensbedingungen für junge Menschen und ihre Familien zu schaffen. Sie stellt sich den Herausforderungen, die sich aus der Lebenssituation und den Ansprüchen junger Menschen ergeben. Die persönlichen und sozialen Gegebenheiten der Mädchen und Jungen sind maßgeblich für Inhalte, Methoden und Angebote der Offenen Kinder- und Jugendarbeit. Sie fördert deren Entwicklung zu eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeiten. Damit leistet sie Prävention, unterstützt und begleitet, und macht vielfältige Bildungsangebote.

Häuser, Mobile Angebote und Projekte der Offenen Kinder- und Jugendarbeit sind freizeit- und kulturpädagogische Einrichtungen, die Jugendlichen Lernen in Freiwilligkeit ermöglichen. Sie fördert die Gleichberechtigung von Mädchen und Jungen, indem sie die unterschiedlichen Lebenslagen berücksichtigt und Benachteiligungen abbaut. Sie ermöglicht jungen Menschen soziale Integration, interkulturelle Bildung und schafft Möglichkeiten zur Partizipation. Deshalb muss der Offenen Kinder- und Jugendarbeit ein größerer Stellenwert im Rahmen der aktuellen Bildungsdebatte eingeräumt werden als bisher. Sie ist unverzichtbarer Partner für nicht unterrichtlich vermittelte Bildungsinhalte beim notwendigen Ausbau unserer Schulen zu Ganztagsbildungseinrichtungen.

Diese Position vertritt auch die Enquetekommission des Landtags in ihrem Bericht „Chancen für Kinder – Rahmenbedingungen und Steuerungsmöglichkeiten für ein optimales Betreuungs- und Bildungsangebot in Nordrhein-Westfalen“ (2008) und damit auch alle im nordrhein-westfälischen Landtag vertretenen Parteien. Die Träger der Offenen Kinder- und Jugendarbeit in Nordrhein-Westfalen begrüßen dies außerordentlich.

Im Widerspruch zu diesen programmatischen Erklärungen muss aber konstatiert werden – und die Enquetekommission tut dies in erfreulicher Deutlichkeit – dass seit Mitte der 90er Jahre ein erheblicher Angebotsrückgang erfolgte: Die Zahl der Stellen¹ umgerechnet auf Vollzeitstellen im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit ging von 8.051 (1998) auf 4.699 (2006) zurück. Das entspricht einem Rückgang um 41,6%. Das seit 2002 rückläufige Landes-Fördervolumen und die enge Haushaltslage in den Kommunen forcieren diesen Trend. Dieser Rückgang öffentlich geförderter Aktivitäten in Nordrhein-Westfalen trifft vor allem die Träger der freien Kinder- und Jugendarbeit, die als Erste Einbrüche in der Infrastruktur zu verzeichnen haben.

¹ Die Zahlen sind der Bundesstatistik der Kinder- und Jugendhilfe entnommen

Sowohl beim Stellenvolumen, dem Leistungsangebot wie bei den finanziellen Ausgaben liegt Nordrhein-Westfalen unter dem Bundesdurchschnitt. Bezogen auf die Anzahl der 12- bis 21-Jährigen bei den öffentlich geförderten Maßnahmen rangiert NRW auf dem vorletzten Platz aller Bundesländer. Der Rückgang an Angeboten sowie an Teilnehmerinnen und Teilnehmern ist im Bundesländervergleich einer der höchsten. Im Vergleich zum Jahrtausendwechsel werden jetzt nur noch halb so viele Kinder und Jugendlichen mit Angeboten erreicht. Wenn die non-formale Bildung durch die Kinder- und Jugendarbeit die Bildungslandschaft insgesamt bereichern soll, reicht ihre derzeitige Präsenz nicht aus. Der Rückgang an Leistungen lässt befürchten, dass die Bildungsbedeutung der Kinder- und Jugendarbeit schwindet und die neue Verbindung von Jugendarbeit und Schule im Sinne einer ganzheitlichen Bildung eine ihrer wichtigsten Grundlagen einbüßt.

Aus diesem Grund appellieren die freien Träger an die Politik in NRW, einen Politikwechsel im Bereich der Kinder- und Jugendförderung vorzunehmen. Hierzu gehört, dass Land und Kommunen bei der gemeinsamen Steuerung von Regionalen Bildungsnetzwerken nicht nur Schulen, sondern auch die Bildungsorte der Offenen Kinder- und Jugendarbeit weiterentwickeln. Gefordert sind hier die örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe, aber auch die Schulpolitik auf kommunaler und Landesebene. Ein gezielter Ausbau der Fachkraftstellen ist unerlässlich, um die Zielvorgaben des Kinder- und Jugendhilfegesetzes (und des Kinder- und Jugendfördergesetzes NRW) in der heutigen Zeit realisieren zu können.

Die Landesregierung ist gefordert, sich dafür einzusetzen, dass nachgeordnete staatliche Institutionen wie die Bezirksregierungen den Kommunen im Rahmen von Haushaltssicherungskonzepten nicht widerrechtlich vorgeben, dass die Förderung der Jugendarbeit eine freiwillige Leistung sei. Die Förderung der gesamten Jugendarbeit ist eine gesetzliche Pflichtaufgabe der Kommunen. Deshalb gehört die Kinder- und Jugendarbeit nicht in die Haushaltskonsolidierung.

Um den Abbau der Kinder- und Jugendarbeit zu stoppen, ist ein deutliches Signal der Regierungsparteien in Nordrhein-Westfalen über den „Pakt mit der Jugend“ hinaus notwendig: Der Kinder- und Jugendförderplan des Landes muss mindestens auf die 96 Millionen Euro kommen, die vor der Landtagswahl von beiden Regierungsparteien in ihren Entwürfen für ein Kinder- und Jugendfördergesetz NRW vertreten wurden.

Leverkusen, den 31. März 2009

Arbeitsgemeinschaft Haus der Offenen Tür NRW

Paritätisches Jugendwerk NRW